Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2025/2071(INI)

22.7.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 108

Entwurf eines Berichts
Tomáš Zdechovský
(PE789.881v01-00)

Bewertung der Erfolge, die bei den EU-Erweiterungen seit 2004 erzielt wurden, sowie der daraus gezogenen Lehren bei der Ausführung des EU-Haushalts
(2025/2071(INI))

Änderungsantrag 1
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das vom Haushaltskontrollausschuss angeforderte und von der Generaldirektion Haushaltsangelegenheiten im Juni 2025 veröffentlichte Dokument mit dem Titel „Two Decades of Progress: Evaluating the Successes and Lessons in Implementing the EU Budget from the 2004 Enlargement“ (Zwei Jahrzehnte Fortschritt: Bewertung der Erfolge, die seit den EU-Erweiterungen seit 2004 erzielt wurden, und daraus gezogene Lehren bei der Ausführung des EU-Haushalts)[1a],
	[1a] https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/BUDG_BRI(2025)775381

Or. en

Änderungsantrag 2
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Neunten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt vom 27. März 2024[1a],
	[1a] https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/reports/cohesion9/9CR_Report_FINAL

.pdf

Or. en

Änderungsantrag 3
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung A (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	A. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind, eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Konvergenz erreicht haben, die maßgeblich durch die EU-Mitgliedschaft, den Zugang zum Binnenmarkt und die Finanztransfers im Rahmen der Kohäsionspolitik getragen wurde; diese Entwicklung wurde zudem durch weitere umfangreiche finanzielle Unterstützung der EU vorangetrieben und hat in diesen Ländern zu erheblichem Wachstum, Produktivitätssteigerungen und sozialem Fortschritt geführt, wodurch auch die Union als Ganzes gestärkt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 4
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Erwägung A (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	A. in der Erwägung, dass die Erweiterung den Binnenmarkt in der Vergangenheit gestärkt hat, indem sie zu Wirtschaftswachstum, zur Verbesserung der Infrastruktur, zur regionalen Entwicklung und zu institutionellen

Reformen in den neueren Mitgliedstaaten beigetragen hat; dadurch wurden neue Chancen für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Union geschaffen;

Or. en

Änderungsantrag 5
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung A (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	A. in der Erwägung, dass die Erweiterung in erster Linie darauf abzielen sollte, die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Annäherung zu fördern sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Rechte zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 6
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung B (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	B. in der Erwägung, dass die Verwaltung dieser EU-Transferzahlungen während des gesamten Programmzyklus konsequent auf dem Grundsatz der Partnerschaft beruhte, was einen umfassenden Konsultationsprozess mit einem breiten Spektrum von Interessenträgern bedeutete, darunter die Sozialpartner – Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften –, Organisationen der

Zivilgesellschaft, öffentliche Einrichtungen, Vertreter der Wissenschaft und viele andere;

Or. en

Änderungsantrag 7
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Erwägung B (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	B. in der Erwägung, dass gut verwaltete Heranführungs- und Kohäsionsmittel eine strategische Investition in die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand des gesamten Kontinents sind und dass der Ertrag daraus von starken Institutionen, unabhängigen Prüfstellen und der Rechtsstaatlichkeit abhängt;

Or. en

Änderungsantrag 8
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung B (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	B. in der Erwägung, dass durch den Schutz der finanziellen Interessen der EU sichergestellt werden sollte, dass das Ziel des territorialen und sozialen Zusammenhalts sowie die Klimaziele der EU mit den EU-Mitteln wirksam umgesetzt werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 9
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung C (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	C. in der Erwägung, dass die Gestaltung und Durchführung von Programmen zudem erheblich von der Praxis der Mehrebenen-Governance profitiert hat, die es regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ermöglicht hat, einen erheblichen Teil der EU-Entwicklungsmittel selbst zu verwalten, auch in den Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind;

Or. en

Änderungsantrag 10
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Erwägung C (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	C. in der Erwägung, dass die Wirksamkeit der Mittelausführung auch im Hinblick auf ihren Beitrag zum Abbau regionaler, sozialer und territorialer Ungleichheiten sowie zur Förderung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen bewertet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 11
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Erwägung C (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	C. in der Erwägung, dass mit der Vereinfachung und Digitalisierung darauf abgezielt wird, den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten zu verringern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau für den Unionshaushalt aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 12
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung D (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	D. in der Erwägung, dass Partnerschaft und Mehrebenen-Governance dazu beigetragen haben, die Qualität sowohl der Gestaltung als auch der Durchführung von Programmen auf ein Niveau anzuheben, das mit keinem zentralisierten Programmverwaltungssystem hätte erreicht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 13
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung E (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	E. in der Erwägung, dass sowohl die Partnerschaft als auch die Mehrebenen-

Governance in den von der EU finanzierten Entwicklungsprogrammen einen wesentlichen und unersetzlichen Beitrag zum Ausbau demokratischer Institutionen in den Mitgliedstaaten geleistet haben, indem die Selbstverwaltung sowie die Zivilgesellschaft insgesamt gestärkt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens gefördert wurden, auch über den unmittelbaren Anwendungsbereich von Projekten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auf allen Ebenen hinaus;

Or. en

Änderungsantrag 14
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung F (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	F. in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik das wichtigste Investitionsinstrument der EU ist, um soziale, territoriale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu verringern, und dass ihr langfristiger Charakter nicht durch Sofortmaßnahmen und Änderungen gefährdet werden sollte, die darauf abzielen, Kohäsionsmittel für andere Prioritäten umzuwidmen; in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik und die dazugehörigen Mittel speziell für ihre zentralen Ziele vorgesehen und so umgesetzt werden müssen, dass die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der wirksame Schutz der finanziellen Interessen der Union sichergestellt sind;

Or. en

Änderungsantrag 15
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung G (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	G. in der Erwägung, dass sich die Kohäsionspolitik auf die Grundwerte der EU stützt; in der Erwägung, dass eine strenge an die Rechtsstaatlichkeit geknüpfte Konditionalität bei der Verteilung der Mittel sowie solide Anforderungen an den wirksamen Schutz von EU-Mitteln und die Wahrung der sozialen Inklusion, der Gleichheit und der Menschenrechtsstandards unerlässlich sind und nicht der Vereinfachung zum Opfer fallen dürfen; in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik auch davon abhängig gemacht werden muss, dass die Mitgliedstaaten alle Menschen in ihren Regionen ungeachtet ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Gesundheitszustands, einer etwaigen Behinderung, ihrer Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht oder Rasse, ihrer ethnischen Herkunft bzw. Zugehörigkeit, ihrer sexuellen Ausrichtung oder Identität versorgen und schützen;

Or. en

Änderungsantrag 16
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Erwägung H (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	H. in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik weiterhin widerstandsfähig gegenüber Betrug, Korruption und allen Versuchen bleiben

muss, ihre Mittel von ihrem ursprünglichen Auftrag und den vereinbarten Programmprioritäten abzuziehen und zugunsten von Investitionen umzuleiten, die bestimmten parteipolitischen oder privaten Interessen dienen; in der Erwägung, dass zu diesem Zweck Auflagen sowie integrierte Instrumente, die dazu dienen, Unregelmäßigkeiten, einschließlich Betrug, zu verhindern, aufzudecken und zu korrigieren, zu stärken sind und dass die korrekte Anwendung des Partnerschaftsprinzips, der Transparenzanforderungen und der Betrugsbekämpfungsmaßnahmen sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 17
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer -1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– betont, dass die Regionen, die der EU im Zuge der Erweiterung von 2004 beigetreten sind, seitdem eine bemerkenswerte wirtschaftliche Konvergenz[1a] erreicht haben, wobei das Pro-Kopf-BIP in Osteuropa von 50 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2004 auf fast 80 % im Jahr 2023 gestiegen ist und die Arbeitslosenquoten in diesem Zeitraum von durchschnittlich 13 % auf 4 % gesunken sind; stellt fest, dass die Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP zwischen den EU-Regionen im Zeitraum 2000-2021 stark zurückgegangen sind, was vor allem auf diese starke Aufwärtskonvergenz der östlichen Regionen zurückzuführen ist, wobei nach wie vor erheblicher Spielraum für weitere

Konvergenz besteht;

1a

https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/reports/cohesion9/9CR_Report_FINAL.pdf

Or. en

Änderungsantrag 18
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer -1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– weist darauf hin, dass das Partnerschaftsprinzip und die Mehrebenen-Governance wesentliche Triebkräfte für die erfolgreiche Ausführung und die hochwertigen Ergebnisse der EU-Mittel waren; betont, dass die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Interessenträgern, einschließlich der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, jedem zentralisierten System überlegen ist; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, diese Grundsätze in den künftigen Programmplanungszeiträumen strukturell zu stärken, um Transparenz, lokale Eigenverantwortung und demokratische Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 19
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer -1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– warnt davor, dass die Renationalisierung der Entwicklungsprogramme der Union, insbesondere der Kohäsionspolitik, und die Zentralisierung ihrer Programmplanung, Durchführung und Weiterverfolgung irreversible Schäden verursachen würden; betont, dass eine solche Zentralisierung die Qualität und die langfristige Wirkung der EU-Finanzierung erheblich beeinträchtigen und gleichzeitig die demokratische Regierungsführung und die institutionellen Kapazitäten der lokalen und regionalen Selbstverwaltungen und der Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten untergraben würde;

Or. en

Änderungsantrag 20
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer -1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– betont, dass die EU-Mittel eine unverzichtbare Triebkraft für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten waren und damit den Zusammenhalt und das Wachstum der Union insgesamt erheblich gestärkt haben; unterstreicht, dass es strategisch wichtig ist, diese Dynamik auch in Zukunft aufrechtzuerhalten; fordert daher einen soliden Haushalt für die Kohäsionspolitik und andere Entwicklungsprogramme der Union im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), um eine fortschreitende Konvergenz und eine ausgewogene

regionale Entwicklung in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 21
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass ***die wichtigste*** Lehre aus den Erweiterungen nach 2004 darin besteht, dass der Schutz des EU-Haushalts ***weniger von der formalen Wahl zwischen zentralisierten, dezentralen oder mehrstufigen Governance-Modellen abhängt als*** von der operativen Reife, der Stabilität, den digitalen Kapazitäten und der Prüfkultur der mit EU-Mitteln betrauten Verwaltungen;	1. betont, dass ***eine wichtige*** Lehre aus den Erweiterungen nach 2004 darin besteht, dass der Schutz des EU-Haushalts von der operativen Reife, der Stabilität, den digitalen Kapazitäten und der Prüfkultur der mit EU-Mitteln betrauten Verwaltungen ***abhängt***;

Or. en

Änderungsantrag 22
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die wichtigste Lehre aus den Erweiterungen nach 2004 darin besteht, dass der Schutz des EU-Haushalts weniger von der formalen Wahl zwischen zentralisierten, dezentralen oder mehrstufigen Governance-Modellen abhängt als von der operativen Reife, der Stabilität, den digitalen Kapazitäten und der Prüfkultur der mit EU-Mitteln betrauten Verwaltungen;	1. betont, dass die wichtigste Lehre aus den Erweiterungen nach 2004 darin besteht, dass der Schutz des EU-Haushalts weniger von der formalen Wahl zwischen zentralisierten, dezentralen oder mehrstufigen Governance-Modellen abhängt als von der operativen Reife, der Stabilität, den digitalen Kapazitäten und der ***wirksamen*** Prüfkultur ***und entsprechenden Systemen*** der mit EU-Mitteln betrauten Verwaltungen; ***weist***

darauf hin, dass ein solider Schutz nur in einem System mit transparenten demokratischen Institutionen, einer unabhängigen Justiz, einer wirksamen Aufsicht und Transparenz hinsichtlich der Verteilung der Mittel sowie einem starken ethischen Rahmen, einschließlich wirksamer Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Garantien zur Vermeidung von Interessenkonflikten, möglich sein kann;

Or. en

Änderungsantrag 23
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. unterstreicht, dass die Erweiterungen seit 2004 zum wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt der Union beigetragen und gleichzeitig die Komplexität der Mittelausführung erhöht haben, was stärkere Systeme der Finanzkontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht in allen Mitgliedstaaten erfordert; betont, dass die Mitgliedstaaten, die der Union nach 2004 beigetreten sind, nicht nur als Empfänger von Unionsmitteln profitiert, sondern auch wesentlich zur Stärkung des Binnenmarkts beigetragen haben, indem sie neue Möglichkeiten für Handel, Investitionen und Wirtschaftswachstum geschaffen, die Verbraucherbasis der Union erweitert, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wertschöpfungsketten verbessert und zum allgemeinen Wohlstand sowie zur Resilienz der Union beigetragen haben;

Or. en

Änderungsantrag 24
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;	2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind; ***betont in diesem Zusammenhang, dass bei Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau der institutionelle Aufbau der Mitgliedstaaten berücksichtigt und unnötige zusätzliche Verwaltungsstrukturen vermieden werden sollten, wenn bestehende Systeme wirksam funktionieren;***

Or. en

Änderungsantrag 25
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von	2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von

anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;

anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind; ***unterstreicht, dass der Europäische Rechnungshof wiederholt betont hat, dass solide Verwaltungskapazitäten, wirksame Systeme für die Vergabe öffentlicher Aufträge und unabhängige Prüfstrukturen wichtig für die wirtschaftliche Haushaltsführung in der Union sind;***

Or. en

Änderungsantrag 26
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;	2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität ***und Transparenz***, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind; ***unterstreicht, dass die Wirksamkeit der Mittelausführung auch im Hinblick auf***

ihren Beitrag zum Abbau regionaler, sozialer und territorialer Ungleichheiten sowie zur Förderung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen bewertet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 27
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;	2. stellt fest, dass die Governance-Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur***, die Qualität der Regulierungstätigkeit und Rechtssicherheit*** bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;

Or. en

Änderungsantrag 28
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die ***Governance-***	2. stellt fest, dass die ***Qualität der***

Struktur allein nicht für den Erfolg der Umsetzung ausschlaggebend ist und dass die Leistung stattdessen in erster Linie von anderen Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;	***Governance der EU-Mittel auch von einer Reihe wichtiger*** Faktoren wie Verwaltungskapazität, digitalem Wandel, institutioneller Stabilität, Qualität der personellen Ressourcen, Risikomanagementsystemen, Umsetzungsreife, Absorptionskapazität, öffentlicher Auftragsvergabe, Kontrollstrukturen und Prüfkultur bestimmt wird, die allesamt für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung sind;

Or. en

Änderungsantrag 29
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Unionsmittel zwar dazu bestimmt sind, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern und die Entwicklung weniger wohlhabender Regionen voranzutreiben, ihre wirtschaftlichen Vorteile jedoch nicht immer in den Empfängermitgliedstaaten oder -regionen verbleiben; hebt hervor, dass ein erheblicher Teil der indirekten wirtschaftlichen Auswirkungen von EU-finanzierten Investitionen über grenzüberschreitende Lieferketten, Beschaffungsaufträge, Handelsströme und Marktintegration nachweislich den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten zugutekommt, wobei diese Ausstrahlungseffekte allein für die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) auf 345,5 Mrd. EUR geschätzt werden[1a]; fordert die Kommission auf, diese Verteilungseffekte systematischer zu

bewerten und sicherzustellen, dass im Rahmen künftiger Kohäsions- und Investitionsprogramme die nachhaltige lokale Wertschöpfung maximiert, die regionalen Wirtschaftskapazitäten gestärkt und wirksamer zur Aufwärtskonvergenz in der gesamten Union beigetragen wird;

[1a] https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/economic-impacts-recovery-and-resilience-facility-new-insights-sectoral-level-and-case-germany_en

Or. en

Änderungsantrag 30
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. hebt hervor, dass die Wirksamkeit der Unionsmittel davon abhängt, inwieweit sie den spezifischen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Bedürfnissen der betreffenden Regionen und Gemeinschaften gerecht werden; stellt fest, dass die aus Unionsmitteln unterstützten politischen Prioritäten in bestimmten Fällen nicht ausreichend auf den lokalen und regionalen Entwicklungsbedarf abgestimmt sind, was zu Investitionen mit begrenztem Mehrwert oder begrenzten langfristigen Auswirkungen für die Begünstigten geführt hat; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen stärker ortsbezogenen Ansatz in Bezug auf die Unionsmittel anzuwenden und auf eine stärker maßgeschneiderte, faktengestützte und bedarfsorientierte Programmplanung

hinzuarbeiten, um sicherzustellen, dass Investitionen besser an die regionalen Gegebenheiten angepasst sind und greifbare und nachhaltige Vorteile für die lokalen Gemeinschaften hervorbringen, wobei die strategischen Ziele der Union zu achten sind;

Or. en

Änderungsantrag 31
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass sich die Ex-ante-Konditionalitäten ***zwar*** als äußerst wirksam bei der Verbesserung der Qualität der Governance und der Sicherstellung der Kohärenz bei der Ausführung der Mittel erwiesen haben***, die Verwaltungskapazitäten jedoch den größten Engpass darstellten***; ***bedauert, dass „begrenzte Kapazitäten“ in einigen Verwaltungsbehörden die Wirksamkeit unmittelbar beeinträchtigt haben, was zu Verzögerungen, einem erhöhten Fehlerrisiko und einer geringeren Absorptionskapazität geführt hat, wodurch deutlich wird, dass Geld allein die Entwicklung nicht vorantreiben kann, wenn keine hochwertigen Institutionen und stabile und qualifizierte personelle Ressourcen vorhanden sind;***	3. hebt hervor, dass sich die Ex-ante-Konditionalitäten als äußerst wirksam bei der Verbesserung der Qualität der Governance und der Sicherstellung der Kohärenz bei der Ausführung der Mittel erwiesen haben;

Or. en

Änderungsantrag 32
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass sich die Ex-ante-Konditionalitäten zwar als äußerst wirksam bei der Verbesserung der Qualität der Governance und der Sicherstellung der Kohärenz bei der Ausführung der Mittel erwiesen haben, die Verwaltungskapazitäten jedoch den größten Engpass darstellten; bedauert, dass „begrenzte Kapazitäten“ in einigen Verwaltungsbehörden die Wirksamkeit unmittelbar beeinträchtigt haben, was zu Verzögerungen, einem erhöhten Fehlerrisiko und einer geringeren Absorptionskapazität geführt hat, wodurch deutlich wird, dass Geld allein die Entwicklung nicht vorantreiben kann, wenn keine hochwertigen Institutionen und stabile und qualifizierte personelle Ressourcen vorhanden sind;	3. hebt hervor, dass sich die Ex-ante-Konditionalitäten zwar als äußerst wirksam bei der Verbesserung der Qualität der Governance und der Sicherstellung der Kohärenz bei der Ausführung der Mittel erwiesen haben, die Verwaltungskapazitäten jedoch den größten Engpass darstellten; bedauert, dass „begrenzte Kapazitäten“ in einigen Verwaltungsbehörden die Wirksamkeit unmittelbar beeinträchtigt haben, was zu Verzögerungen, einem erhöhten Fehlerrisiko und einer geringeren Absorptionskapazität geführt hat, wodurch deutlich wird, dass Geld allein die Entwicklung nicht vorantreiben kann, wenn keine hochwertigen***, transparenten und starken*** Institutionen und stabile und qualifizierte personelle Ressourcen vorhanden sind;

Or. en

Änderungsantrag 33
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. begrüßt den erheblichen Beitrag der EU-Kohäsionspolitik und der damit verbundenen Finanzierungsinstrumente der Union zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in der gesamten Union, einschließlich des Baus und der Modernisierung von Tausenden von Kilometern Straßen, Autobahnen, Brücken und grenzüberschreitenden Verbindungen, insbesondere in den Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind; erkennt an, dass diese Investitionen den territorialen

Zusammenhalt erhöht, das Funktionieren des Binnenmarkts erleichtert, die Konnektivität zwischen den Regionen gestärkt, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger verbessert und zur wirtschaftlichen Konvergenz beigetragen haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Investitionen in strategische Verkehrsinfrastruktur im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen weiterhin Vorrang einzuräumen, wobei besonderes Augenmerk auf die Vollendung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), grenzüberschreitende Verbindungen, militärische Mobilität und die Integration der Bewerberländer in europäische Verkehrskorridore im Rahmen des Erweiterungsprozesses zu legen ist; betont ferner die strategische Bedeutung der Binnenwasserstraßen und der Seeverkehrsinfrastruktur, insbesondere des Donaukorridors und der europäischen Seehäfen, für die Stärkung von Handel, Logistik, Energieversorgungssicherheit, militärischer Mobilität und Konnektivität innerhalb der Union und mit den Bewerberländern und fordert verstärkte Investitionen in deren Modernisierung, in den Kapazitätenausbau und deren Verknüpfung mit Straßen- und Schienennetzen;

Or. en

Änderungsantrag 34
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. weist darauf hin, dass es im Verwaltungsbereich häufig an Kapazitäten mangelte; bedauert, dass

„begrenzte Kapazitäten“ in einigen Verwaltungsbehörden die Wirksamkeit unmittelbar beeinträchtigt haben, was zu Verzögerungen, einem erhöhten Fehlerrisiko und einer geringeren Absorptionskapazität geführt hat, wodurch deutlich wird, dass Geld allein die Entwicklung nicht vorantreiben kann, wenn keine hochwertigen Institutionen und stabile und qualifizierte personelle Ressourcen vorhanden sind;

Or. en

Änderungsantrag 35
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, ***damit die Systeme*** wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die ***Kontroll- und*** Prüffunktionen ***am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt***;	4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, ***die dazu beitragen, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme*** wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Prüffunktionen ***funktional unabhängig von den von ihnen geprüften Stellen und Tätigkeiten sein müssen und dass eine klare Trennung der Zuständigkeiten unerlässlich ist, um verlässliche Prüfungen zu gewährleisten und die finanziellen Interessen der Union zu schützen***; ***weist gleichzeitig darauf hin, dass eine übermäßige Vervielfachung der Kontrollebenen ohne Koordinierung der jeweiligen Aufgaben den Verwaltungsaufwand erhöht und die Mittelausführung verlangsamt, ohne dass***

die Haushaltsführung tatsächlich zuverlässiger wird;

Or. en

Änderungsantrag 36
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt;	4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt; ***betont, dass eine klare Rechenschaftspflicht, solide interne Kontrollsysteme und risikobasierte Prüfungsansätze von wesentlicher Bedeutung sind, um die finanziellen Interessen der Union zu schützen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung der Unionsmittel aufrechtzuerhalten;***

Or. en

Änderungsantrag 37
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt;	4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit ***und die Rechtssicherheit*** gewahrt bleibt; ***bekräftigt, dass die Anwendung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung für Begünstigte, die Unterlagen bei den Behörden einreichen, weiter gefördert werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 38
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt;	4. stellt fest, dass auf mehreren Ebenen Kontrollen durchgeführt werden, um zu überprüfen, ob die Ausgaben der Begünstigten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind; weist darauf hin, dass nationale Prüf- und Kontrollstellen zusätzliche Sicherheitsebenen bieten ***müssen***, damit die Systeme wirksam funktionieren und die EU-Mittel im Einklang mit den geltenden Vorschriften verwaltet werden; betont, dass die Kontroll- und Prüffunktionen am wirksamsten sind, wenn ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 39
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. stellt fest, dass die Leistungsfähigkeit von Governance-Strukturen in erster Linie von der Verwaltungskapazität der nationalen Behörden, der Komplexität der Programmdurchführung und dem Reifegrad der Verwaltungssysteme abhängt; merkt an, dass starke Verwaltungskapazitäten strukturelle Nachteile abmildern können, während schwache Verwaltungssysteme unabhängig vom gewählten Governance-Modell häufig die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 40
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. betont, dass institutionelle Stabilität und die Wahrung der administrativen Kompetenz für die wirksame Ausführung der Unionsmittel von entscheidender Bedeutung sind; stellt fest, dass eine häufige Umstrukturierung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme das institutionelle Gedächtnis schwächen, die Risiken im Hinblick auf die Ausführung der Mittel erhöhen und die

Effizienz der Verwaltung verringern kann;

Or. en

Änderungsantrag 41
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. nimmt die positiven Entwicklungen bei der Gestaltung der einschlägigen EU-Rechtsrahmen und ihrer Umsetzung in den letzten 20 Jahren durch die Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zur Kenntnis und hebt gleichzeitig die verbleibenden Schwachstellen bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und die Notwendigkeit weiterer Investitionen in die Verwaltungskapazitäten hervor;	5. nimmt die positiven Entwicklungen bei der Gestaltung der einschlägigen EU-Rechtsrahmen und ihrer Umsetzung in den letzten 20 Jahren durch die Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zur Kenntnis und hebt gleichzeitig die verbleibenden Schwachstellen bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und die Notwendigkeit weiterer Investitionen in die Verwaltungskapazitäten hervor***, um die Wirksamkeit der EU-Finanzierungsprogramme und letztlich den Binnenmarkt durch eine verstärkte wirtschaftliche Konvergenz zu fördern***;

Or. en

Änderungsantrag 42
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. begrüßt die erhebliche wirtschaftliche und soziale Konvergenz, die die Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind, erreicht haben; hebt hervor, dass die EU-Mitgliedschaft, der Zugang zum Binnenmarkt und die

Transferzahlungen der EU, insbesondere im Rahmen der Kohäsionspolitik, eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung von Wachstum, Arbeitsproduktivität, Einkommenskonvergenz und sozialem Fortschritt in diesen Ländern gespielt haben; stellt fest, dass das Pro-Kopf-BIP in Mittel- und Osteuropa von 52 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2004 auf fast 80 % im Jahr 2021 gestiegen ist; betont, dass die Entwicklung der neu beigetretenen Mitgliedstaaten auch die Union als Ganzes gestärkt hat;

Or. en

Änderungsantrag 43
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Gestaltung und Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften der Haushaltsführung zugutekommt, unter anderem durch die Einbeziehung einschlägiger Interessenträger, seien es regionale und lokale Gebietskörperschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft oder Gewerkschaften;

Or. en

Änderungsantrag 44
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. hebt hervor, dass die Reformen, die von den beitretenden Ländern durchgeführt wurden, um für EU-Mittel infrage zu kommen, insbesondere in den Bereichen öffentliches Auftragswesen, Finanzkontrolle und Modernisierung der Verwaltung, Vorteile gebracht haben, die weit über die Mittel hinausgehen, und das allgemeine Geschäftsumfeld verbessert haben;

Or. en

Änderungsantrag 45
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. betont, dass die Konvergenz nach den Erweiterungen nach 2004 auch zum sozialen Fortschritt beigetragen hat, einschließlich besserer Gesundheitsergebnisse, niedrigerer Arbeitslosigkeit und weniger Armut in fast allen Regionen; weist auf die positiven Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Bildungsniveau, die Kompetenzentwicklung und die Beschäftigung hin, wobei die Gesamtbeschäftigungsquote in der EU 2022 74,6 % erreichte und in mehreren Mitgliedstaaten, die der EU nach 2004 beigetreten sind, 80 % überstieg; betont jedoch, dass die anhaltenden regionalen Unterschiede in den Bereichen Tertiärbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Verfügbarkeit von Kompetenzen, Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Armut und Energiearmut zeigen, dass nach wie vor eine starke Kohäsionspolitik, soziale

Investitionen und gezielte Unterstützung für ländliche und benachteiligte Regionen erforderlich sind, im Einklang mit dem Grundsatz, keinen Menschen und keine Region zurückzulassen;

Or. en

Änderungsantrag 46
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 5 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5c. betont, dass die Erweiterungen nach 2004[1a] den Binnenmarkt vertieft, die Handelskosten gesenkt und den Handel innerhalb der EU sowie grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten gestärkt haben; stellt fest, dass die EU-10-Mitgliedstaaten ihre Ausfuhrwettbewerbsfähigkeit erhöht haben, insbesondere in Sektoren wie elektrische Maschinen, mechanische Geräte und Fahrzeugteile, und dass sich ihr Beitrag zu den Lieferketten der EU-14 zwischen 1995 und 2020 mehr als verdoppelt hat, während sie sich in den Fertigungslieferketten verdreifacht haben;

1a

https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/BUDG_BRI(2025)775381

Or. en

Änderungsantrag 47
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. stellt fest, dass ***die Governance-Struktur – unabhängig davon, ob es sich um zentralisierte oder dezentrale Systeme handelt – nicht systematisch über die Ergebnisse der Mittelausschöpfung entscheidet und dass*** die Leistung ***stattdessen*** durch eine Kombination von Faktoren beeinflusst wird, darunter ***das bestehende Governance-Modell,*** die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme; bedauert, dass ***mehrere*** Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und das Kosten-Nutzen-Verhältnis beeinträchtigen kann;	6. stellt fest, dass die Leistung durch eine Kombination von Faktoren beeinflusst wird, darunter die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme; bedauert, dass ***einige*** Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und das Kosten-Nutzen-Verhältnis beeinträchtigen kann; ***fordert daher nachdrücklich, dass in den Programmen weiterhin erhebliche Mittel für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten auf allen Regierungsebenen, die mit EU-Mitteln befasst sind, – zentral, regional und lokal – sowie für die Partner und Interessenträger, die an der Gestaltung, Umsetzung und Weiterverfolgung von Programmen und Projekten beteiligt sind, bereitgestellt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 48
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. stellt fest, dass die Governance-Struktur – unabhängig davon, ob es sich um zentralisierte oder dezentrale Systeme handelt – nicht systematisch über die Ergebnisse der Mittelausschöpfung entscheidet und dass die Leistung stattdessen durch eine Kombination von	6. stellt fest, dass die Governance-Struktur – unabhängig davon, ob es sich um zentralisierte oder dezentrale Systeme handelt – nicht systematisch über die Ergebnisse der Mittelausschöpfung entscheidet und dass die Leistung stattdessen durch eine Kombination von

Faktoren beeinflusst wird, darunter das bestehende Governance-Modell, die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme; bedauert, dass mehrere Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und das ***Kosten-Nutzen-Verhältnis*** beeinträchtigen kann;	Faktoren beeinflusst wird, darunter das bestehende Governance-Modell, die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität ***und Transparenz***, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme; bedauert, dass mehrere Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und ***die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger*** beeinträchtigen kann; ***unterstreicht, dass die rechtzeitige Ausschöpfung kein Ziel an sich sein sollte, sondern im Hinblick auf die soziale und ökologische Nachhaltigkeit erreicht werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 49
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. stellt fest, dass die Governance-Struktur – unabhängig davon, ob es sich um zentralisierte oder dezentrale Systeme handelt – nicht systematisch über die Ergebnisse der Mittelausschöpfung entscheidet und dass die Leistung stattdessen durch eine Kombination von Faktoren beeinflusst wird, darunter das bestehende Governance-Modell, die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme;	6. stellt fest, dass die Governance-Struktur – unabhängig davon, ob es sich um zentralisierte oder dezentrale Systeme handelt – nicht systematisch über die Ergebnisse der Mittelausschöpfung entscheidet und dass die Leistung stattdessen durch eine Kombination von Faktoren beeinflusst wird, darunter das bestehende Governance-Modell, die Verwaltungskapazität der nationalen und regionalen Behörden, die institutionelle Stabilität, die öffentliche Auftragsvergabe, strategische Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Kontrollkultur und die Komplexität der Programme; ***stellt***

bedauert, dass mehrere Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und das Kosten-Nutzen-Verhältnis beeinträchtigen kann;	***fest, dass institutionelle Stabilität und die erforderliche Reife für die Durchführung ebenfalls wichtige Faktoren für die Leistung sind;*** bedauert, dass mehrere Mitgliedstaaten am Ende der Programmplanungszeiträume erhebliche Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Ausschöpfung der Mittel hatten, was die Qualität der Projekte und das Kosten-Nutzen-Verhältnis beeinträchtigen kann;
	Or. en

Änderungsantrag 50
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass die Ausschöpfungsquoten allein nicht als ausreichender Indikator für den Erfolg der Ausführung des EU-Haushalts angesehen werden können; unterstreicht, dass die Wirksamkeit der EU-Mittel anhand ihrer tatsächlichen Auswirkungen auf das Leben der Menschen, den sozialen und territorialen Zusammenhalt, die Aufwärtskonvergenz und den Abbau von Ungleichheiten bewertet werden muss; betont, dass die geteilte Mittelverwaltung und die uneingeschränkte Achtung des Partnerschaftsprinzips enorm wichtig sind, da auf diesem Wege die umfassende Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der Sozialpartner auf allen Ebenen sichergestellt wird; betont, dass Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Schutz der finanziellen Interessen der EU wesentliche Voraussetzungen dafür sind, dass die Kohäsionspolitik als verlässlich gilt und wirksam ist; fordert eine modernisierte, dezentrale und

verstärkte Kohäsionspolitik im neuen MFR, bei der die Menschen in den Mittelpunkt stehen und die auf einer verbesserten Mehrebenen-Governance und Ortsbezogenheit beruht; fordert, dass künftige Kohäsions- und Heranführungsinstrumente nicht nur anhand der Geschwindigkeit der Mittelausführung bewertet werden, sondern auch anhand ihres Beitrags zur Stärkung öffentlicher Dienstleistungen, zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, zur Unterstützung benachteiligter Regionen und Gemeinschaften, zur Förderung von Klima- und Umweltzielen sowie zum Schutz der finanziellen Interessen der Union;

Or. en

Änderungsantrag 51
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. begrüßt die Fortschritte, die die seit 2004 der Union beigetretenen Mitgliedstaaten bei der Stärkung ihrer Systeme der Verwaltung der öffentlichen Finanzen erzielt haben; betont jedoch, dass Ungleichheiten bei den Verwaltungs- und Kontrollkapazitäten weiterhin die effiziente und rechtmäßige Ausführung der Unionsmittel beeinträchtigen und durch gezielte Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau behoben werden sollten; stellt mit Besorgnis fest, dass einige Mitgliedstaaten zusätzliche nationale Verwaltungs- und Kontrollanforderungen eingeführt haben, die über die im Unionsrecht vorgesehenen Anforderungen hinausgehen, was unnötigen Verwaltungsaufwand für die Begünstigten verursacht, die

	Mittelausschöpfung verlangsamt, die Einhaltungskosten erhöht und zu Unterschieden beim Zugang zu und bei der Ausführung von Unionsmitteln in der gesamten Union führt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, auf die Verhältnismäßigkeit und Vereinfachung der Kontrollsysteme hinzuarbeiten und gleichzeitig einen angemessenen Schutz der finanziellen Interessen der Union sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 52
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die Konditionalitäten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zu den notwendigen Reformen zur Optimierung der Kohäsionsfonds, der Investitionsstrategien und der Governance beigetragen haben***, dass ihr Mehrwert im Hinblick auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen jedoch durch Unstimmigkeiten in der Art und Weise, wie sie in den Mitgliedstaaten angewandt und bewertet wurden***, eingeschränkt wurde;	7. betont, dass die Konditionalitäten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zu den notwendigen Reformen zur Optimierung der Kohäsionsfonds, der Investitionsstrategien und der Governance beigetragen haben***, betont, dass die Konditionalitäten*** in den Mitgliedstaaten ***und Bewerberändern auf transparente und einheitliche Weise*** angewandt ***und auf klaren, messbaren und ehrgeizigen Reformzielen beruhen müssen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, öffentliches Beschaffungswesen und Schutz der finanziellen Interessen der EU***;

Or. en

Änderungsantrag 53
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die Konditionalitäten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zu den notwendigen Reformen zur Optimierung der Kohäsionsfonds, der Investitionsstrategien und der Governance beigetragen haben, dass ihr Mehrwert im Hinblick auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen jedoch durch Unstimmigkeiten in der Art und Weise, wie sie in den Mitgliedstaaten angewandt und bewertet wurden, eingeschränkt wurde;	7. betont, dass die Konditionalitäten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zu den notwendigen Reformen zur Optimierung der Kohäsionsfonds, der Investitionsstrategien und der Governance beigetragen haben, dass ihr Mehrwert im Hinblick auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen jedoch durch Unstimmigkeiten in der Art und Weise, wie sie in den Mitgliedstaaten angewandt und bewertet wurden, eingeschränkt wurde; ***betont, dass ein stabiler und berechenbarer Rechtsrahmen während der Programmplanungszeiträume von wesentlicher Bedeutung für die Rechtssicherheit, eine wirtschaftliche Haushaltsführung und den effizienten Einsatz von Unionsmitteln ist;***

Or. en

Änderungsantrag 54
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist;	8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist; ***unterstreicht, dass der Aufbau von Verwaltungskapazitäten nicht***

auf unterbesetzten, unterbezahlten oder politisch instabilen öffentlichen Verwaltungen beruhen kann; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, technische Hilfe und Instrumente zum Kapazitätsaufbau zu nutzen, um stabile Einstellungen, fortlaufende Schulungen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Bindung von Personal in Verwaltungsbehörden, Prüfbehörden, lokalen und regionalen Verwaltungen und bei den Begünstigten zu unterstützen, um das Fachwissen zu stärken, die Kontinuität zu verbessern und das Risiko von Fehlern zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 55
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist;	8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist; ***betont daher, dass ausreichende Mittel für Investitionen in einen qualifizierten öffentlichen Sektor mit stabilen Beschäftigungsbedingungen und fortlaufenden Schulungen bereitgestellt werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 56
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist;	8. stellt fest, dass die Erkenntnisse aus dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 darauf hindeuten, dass Regionen, in denen dem Einsatz hochqualifizierter personeller Ressourcen ***mit umfangreichen Digitalkompetenzen*** Vorrang eingeräumt wurde, eher über Programme verfügten, die eine gute oder sogar überdurchschnittliche Leistung erbrachten, was auf eine bessere Programmgestaltung und größere Verwaltungskapazitäten für die Bearbeitung komplexer EU-Verfahren zurückzuführen ist;

Or. en

Änderungsantrag 57
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu	9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; ***weist darauf hin, dass unverhältnismäßige und doppelte nationale Anforderungen insbesondere kleinere Begünstigte, lokale und regionale Gebietskörperschaften und***

begehen;	***Organisationen mit begrenzter Verwaltungskapazität davon abhalten, Unionsmittel in Anspruch zu nehmen; betont, dass die nationalen Behörden systematisch Anforderungen ermitteln, begründen und überprüfen sollten, die über die im Unionsrecht vorgesehenen Anforderungen hinausgehen, sowie diejenigen aufheben sollten, die doppelt, unverhältnismäßig oder nicht durch eine dokumentierte Risikobewertung gestützt sind; ist der Ansicht, dass die Vereinfachung auf dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der einmaligen Erfassung sowie interoperablen digitalen Systemen beruhen sollte, wobei wirksame Kontrollen, die Prüffähigkeit und der Schutz der finanziellen Interessen der Union uneingeschränkt gewahrt bleiben sollten;*** betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;
	Or. en

Änderungsantrag 58
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer	9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer

Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;	Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen; ***stellt fest, dass übermäßige Verwaltungskomplexität Ressourcen von der Projektdurchführung abziehen, die Effizienz beeinträchtigen und die Erreichung politischer Ziele behindern kann; betont, dass Vereinfachungsmaßnahmen zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung, Rechtssicherheit und einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis beitragen sollten, ohne den Schutz der finanziellen Interessen der Union zu beeinträchtigen;***

Or. en

Änderungsantrag 59
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;	9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten ***– insbesondere für kleinere Begünstigte –*** geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;

Or. en

Änderungsantrag 60
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;	9. bedauert, dass die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach wie vor hoch sind; weist darauf hin, dass Überregulierung (d. h. Ergänzungen der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene) häufig zu einem höheren Verwaltungsaufwand für die Begünstigten geführt hat, ohne dass die Fehlerquoten ***oder die Rechtsunsicherheit*** dadurch zwingend gesenkt wurden; betont, dass die Verwaltungsbehörden trotz ihrer Bemühungen, die EU-Vorschriften einzuhalten, Gefahr laufen, Fehler zu begehen;

Or. en

Änderungsantrag 61
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. fordert die Kommission auf, eine eingehendere Analyse der Ursachen der Überregulierung durchzuführen, insbesondere derjenigen, die sich aus den Prüfungsanforderungen ergeben, die sich aus den zahlreichen und sich oft überschneidenden Anforderungen der sektorspezifischen Rechtsvorschriften ergeben; ist der Ansicht, dass eine solche Analyse erforderlich ist, um zwischen Überregulierung aufgrund ungerechtfertigter nationaler

Ergänzungen und Prüfungslasten zu unterscheiden, die eine unbeabsichtigte Folge komplexer oder fragmentierter sektorspezifischer EU-Vorschriften sind, um eine gezielte Vereinfachung zu ermöglichen, ohne den Schutz der finanziellen Interessen der Union zu beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 62
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Rahmen für den Haushaltsvollzug weiter zu vereinfachen, indem sie unnötige Verwaltungskomplexität verringern, verhältnismäßige und risikobasierte Kontrollen fördern und nationale Anforderungen vermeiden, die über die im Unionsrecht vorgesehenen Anforderungen hinausgehen, und gleichzeitig den wirksamen Schutz der finanziellen Interessen der Union zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 63
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass der Verwendung von EU-Mitteln miteinander verknüpfte	10. betont, dass der Verwendung von EU-Mitteln miteinander verknüpfte

Finanz-, Kontroll- und Überwachungsströme zugrunde liegen, die von nationalen Koordinierungsstrukturen sowie Prüf- und Betrugsbekämpfungsstellen auf EU-Ebene unterstützt werden; stellt fest, dass die neuen Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt anfänglich mit Herausforderungen im Zusammenhang mit Verwaltungskapazitäten, der Koordinierung und der Systemreife konfrontiert waren; stellt fest, dass Mängel bei der Koordinierung, der Datenqualität und der Interoperabilität zwischen den Systemen zu den wiederkehrenden Herausforderungen gehörten, die in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, festgestellt wurden, und dass diese die Wirksamkeit der Überwachungs- und Kontrollmechanismen beeinträchtigt haben;	Finanz-, Kontroll- und Überwachungsströme zugrunde liegen, die von nationalen Koordinierungsstrukturen sowie Prüf- und Betrugsbekämpfungsstellen auf EU-Ebene unterstützt werden; stellt fest, dass die neuen Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt anfänglich mit Herausforderungen im Zusammenhang mit Verwaltungskapazitäten, der Koordinierung und der Systemreife konfrontiert waren; stellt fest, dass Mängel bei der Koordinierung, der Datenqualität und der Interoperabilität zwischen den Systemen zu den wiederkehrenden Herausforderungen gehörten, die in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, festgestellt wurden, und dass diese die Wirksamkeit der Überwachungs- und Kontrollmechanismen beeinträchtigt haben; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Überwachungs-, Kontroll- und Prüfungsmechanismen auch im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungen uneingeschränkt wirksam und glaubwürdig bleiben; betont, dass die Kapazitäten der Prüf- und Betrugsbekämpfungsstellen auf EU-Ebene gestärkt, die Koordinierung mit den nationalen Behörden vertieft uns die Datenqualität und die Interoperabilität verbessert werden müssen; außerdem muss sichergestellt werden, dass digitale Überwachungssysteme die rechtzeitige Erkennung von Risiken, Unregelmäßigkeiten, Interessenkonflikten und Betrugsfällen ermöglichen;***

Or. en

Änderungsantrag 64
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass der Verwendung von EU-Mitteln miteinander verknüpfte Finanz-, Kontroll- und Überwachungsströme zugrunde liegen, die von nationalen ***Koordinierungsstrukturen*** sowie Prüf- und Betrugsbekämpfungsstellen auf EU-Ebene unterstützt werden; stellt fest, dass die neuen Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt anfänglich mit Herausforderungen im Zusammenhang mit Verwaltungskapazitäten, der Koordinierung und der Systemreife konfrontiert waren; stellt fest, dass Mängel bei der Koordinierung, der Datenqualität und der Interoperabilität zwischen den Systemen zu den wiederkehrenden Herausforderungen gehörten, die in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, festgestellt wurden, und dass diese die Wirksamkeit der Überwachungs- und Kontrollmechanismen beeinträchtigt haben;	10. betont, dass der Verwendung von EU-Mitteln miteinander verknüpfte Finanz-, Kontroll- und Überwachungsströme zugrunde liegen, die von nationalen und ***EU-Koordinierungsstrukturen*** sowie Prüf- und Betrugsbekämpfungsstellen auf EU-Ebene unterstützt werden***, einschließlich Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und zur Vermeidung von Interessenkonflikten***; stellt fest, dass die neuen Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt anfänglich mit Herausforderungen im Zusammenhang mit Verwaltungskapazitäten, der Koordinierung und der Systemreife konfrontiert waren; stellt fest, dass Mängel bei der Koordinierung, der Datenqualität und der Interoperabilität zwischen den Systemen zu den wiederkehrenden Herausforderungen gehörten, die in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, festgestellt wurden, und dass diese die Wirksamkeit der Überwachungs- und Kontrollmechanismen beeinträchtigt haben;

Or. en

Änderungsantrag 65
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. weist darauf hin, dass eine verhältnismäßig hohe Zahl aufgedeckter und gemeldeter Unregelmäßigkeiten auf ein zeitnahes und wirksames Funktionieren der Verwaltungs- und Kontrollsysteme hindeuten könnte, als dass sie an sich schon ein Beweis für eine

	mangelhafte Verwaltung wäre; betont, dass Unregelmäßigkeiten nicht automatisch mit Betrug oder Korruption gleichgesetzt werden sollten, da viele von ihnen auf unbeabsichtigte Fehler, komplexe Vorschriften oder Verwaltungsmängel zurückzuführen sind, während Betrug vorsätzliches Handeln voraussetzt; fordert, dass in der Berichterstattung und der öffentlichen Kommunikation klar zwischen diesen Kategorien unterschieden wird, um zu vermeiden, dass eine transparente Berichterstattung gehemmt wird oder Verwaltungsbehörden, die Unregelmäßigkeiten in gutem Glauben und im Einklang mit ihren Kontrollpflichten aufdecken und melden, mit einer unverhältnismäßigen Rufschädigung konfrontiert werden;

Or. en

Änderungsantrag 66
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bedauert, dass die Überregulierung in allen Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, nach wie vor die größte operative Herausforderung darstellt, da sie zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei der Verwaltung von EU-Mitteln geführt hat, was sich in komplexeren Verfahren bei gleichzeitig begrenzten Fachkenntnissen der Begünstigten und einem höheren ***Fehlerrisiko*** niederschlägt;	11. bedauert, dass die Überregulierung in allen Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, nach wie vor die größte operative Herausforderung darstellt, da sie zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei der Verwaltung von EU-Mitteln geführt hat, was sich in komplexeren Verfahren bei gleichzeitig begrenzten Fachkenntnissen der Begünstigten und einem höheren ***Risiko von Fehlern oder Rechtsunsicherheit*** niederschlägt;

Or. en

Änderungsantrag 67
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert, dass die Lehren aus der leistungsbasierten Finanzierung sorgfältig bewertet werden, wobei betont wird, dass solche Methoden die Transparenz oder den Schutz der finanziellen Interessen der Union nicht schwächen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 68
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. betont, dass es für die Kontrolle und Prüfung von mit EU-Mitteln finanzierten Programmen unerlässlich ist, auf verschiedenen Ebenen über kompetente personelle Ressourcen mit entsprechender Erfahrung und institutionellem Gedächtnis zu verfügen; bedauert, dass unter anderem für Schulungen und Kapazitätsaufbau im Bereich von ***Kontrollfunktionen*** keine ausreichenden Mittel vorhanden sind, und stellt fest, dass dies ein Faktor ist, der die Fähigkeit der Verwaltungsbehörden (in der Kohäsionspolitik) beeinträchtigt, die Ausgaben wirksam und gründlich zu kontrollieren und zu überprüfen;	13. betont, dass es für die Kontrolle und Prüfung von mit EU-Mitteln finanzierten Programmen unerlässlich ist, auf verschiedenen Ebenen über kompetente personelle Ressourcen mit entsprechender Erfahrung und institutionellem Gedächtnis zu verfügen; bedauert, dass unter anderem für Schulungen und Kapazitätsaufbau im Bereich von ***Kontroll- und Prüffunktionen*** keine ausreichenden Mittel vorhanden sind, und stellt fest, dass dies ein Faktor ist, der die Fähigkeit der Verwaltungsbehörden (in der Kohäsionspolitik) beeinträchtigt, die Ausgaben wirksam und gründlich zu kontrollieren und zu überprüfen;

Or. en

Änderungsantrag 69
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Erfahrungen mit Schutzmechanismen für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Endbegünstigten

Or. en

Änderungsantrag 70
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. unterstreicht, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine Voraussetzung für eine wirtschaftliche Haushaltsführung in der Union ist; weist darauf hin, dass Verfahren nach Artikel 7 EUV gegen zwei Mitgliedstaaten eingeleitet wurden, die der Union 2004 beigetreten sind, und dass gegenüber einem dieser Staaten zudem die Konditionalitätsverordnung zur Anwendung gekommen ist; ist der Ansicht, dass die Erfahrungen mit den Erweiterungen nach 2004 zeigen, dass systemische Schwächen, die den Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, das öffentliche Auftragswesen, den zivilgesellschaftlichen Raum, die Unabhängigkeit der Justiz und der Staatsanwaltschaft, die Medienfreiheit oder die wirksame Untersuchung von Betrug und Korruption im Zusammenhang mit EU-Mitteln betreffen, den Schutz der finanziellen Interessen der Union ernsthaft gefährden

können;

Or. en

Änderungsantrag 71
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. betont, dass sich die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit nicht auf den Beitrittsprozess beschränken darf, sondern nach dem Beitritt fortgesetzt werden und gleichermaßen für alle Mitgliedstaaten gelten muss; fordert die Kommission auf, das gesamte Instrumentarium zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit, der Konditionalitätsverordnung, der Vertragsverletzungsverfahren sowie verstärkter Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen, in vollem Umfang zu nutzen, wenn Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit die wirtschaftliche Haushaltsführung der Union oder den Schutz der finanziellen Interessen der Union beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13c. besteht darauf, dass der Schutz des EU-Haushalts im neuen MFR auf klaren, durchsetzbaren und transparenten Schutzmechanismen für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit beruhen muss; betont, dass künftige leistungsbasierte Instrumente und nationale Pläne, die sich auf die Erfahrungen mit den NRP-Plänen stützen, ehrgeizige, messbare und unabhängig überprüfbare Etappenziele und Zielwerte im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung, der Integrität des öffentlichen Auftragswesens, der Vermeidung von Interessenkonflikten, der Transparenz der Endbegünstigten und wirksamen Prüf- und Kontrollsystemen umfassen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 73
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. hebt hervor, dass die EU Landgrenzen mit 23 Ländern teilt, einschließlich der Bewerberländer, und ist daher der Ansicht, dass deren Teilnahme als gleichberechtigte Partner an Interreg-Programmen und makroregionalen Strategien ihnen eine wertvolle Gelegenheit bietet, ihre Kapazitäten für die Teilnahme an kohäsionspolitischen Programmen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokaler und regionaler Ebene auszubauen und sich so auf den Beitritt vorzubereiten; betont, dass diese Bewerberländer im Zusammenhang mit künftigen EU-Erweiterungen ermutigt werden sollten, sich aktiv an

einschlägigen transnationalen Programmen zu beteiligen;

Or. en

Änderungsantrag 74
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind; ***fordert die Kommission auf, unnötige Umstrukturierungen vor Beitritten zu vermeiden, es sei denn, diese erfolgen evidenzbasiert, gestaffelt und werden von Übergangsplänen sowie Maßnahmen zur Personalbindung und zur Wahrung der Kontinuität begleitet;***	14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind;

Or. en

Änderungsantrag 75
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind; fordert die Kommission auf, unnötige Umstrukturierungen vor Beitritten zu vermeiden, es sei denn, diese erfolgen evidenzbasiert, gestaffelt und werden von Übergangsplänen sowie Maßnahmen zur Personalbindung und zur Wahrung der Kontinuität begleitet;	14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind; fordert die Kommission auf, unnötige Umstrukturierungen vor Beitritten zu vermeiden, es sei denn, diese erfolgen evidenzbasiert, gestaffelt und werden von Übergangsplänen sowie Maßnahmen zur Personalbindung und zur Wahrung der Kontinuität begleitet; ***fordert die Kommission ferner auf, dafür zu sorgen, dass jede künftige Erweiterung durch ausreichende administrative und finanzielle Ressourcen flankiert wird, und für eine solide öffentliche Rechenschaftspflicht und demokratische Kontrolle zu sorgen;***

Or. en

Änderungsantrag 76
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und	14. fordert die Kommission auf, zu bewerten, ob die Kooperationskanäle, Prüfdienste und auf den Rechnungshof ausgerichteten Sicherungssysteme der Kommission (GD REGIO und

Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind; fordert die Kommission auf, unnötige Umstrukturierungen vor Beitritten zu vermeiden, es sei denn, diese erfolgen evidenzbasiert, gestaffelt und werden von Übergangsplänen sowie Maßnahmen zur Personalbindung und zur Wahrung der Kontinuität begleitet;	Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST)), des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) über ausreichende Kapazitäten***,*** ***Daten*** und eine geeignete Architektur für die Kontrolle des EU-Haushalts in einer größeren EU verfügen, in der die Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung komplexer sind; fordert die Kommission auf, unnötige Umstrukturierungen vor Beitritten zu vermeiden, es sei denn, diese erfolgen evidenzbasiert, gestaffelt und werden von Übergangsplänen sowie Maßnahmen zur Personalbindung und zur Wahrung der Kontinuität begleitet;

Or. en

Änderungsantrag 77
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass die Unterstützung der EU für Organisationen der Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, Sozialpartner, lokale Gebietskörperschaften und Menschenrechtsverteidiger in den Erweiterungsländern verstärkt und nicht von der Reformleistung der Zentralregierungen abhängig gemacht werden sollte; betont, dass diese Akteure eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht, der Überwachung der öffentlichen Ausgaben und der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit spielen;

Or. en

Änderungsantrag 78
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung ***Einfluss auf die mit der Verwaltungsstruktur erzielten Ergebnisse*** haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen;	15. betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung ***entscheidende Auswirkungen*** auf die ***Qualität der Gestaltung und Durchführung von Programmen und Projekten sowie letztlich auf die Ergebnisse der von der EU finanzierten Programme und Instrumente*** haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung Einfluss auf die mit der Verwaltungsstruktur erzielten Ergebnisse haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative	15. ***unterstreicht, dass die letzten 20 Jahre der Kohäsionspolitik einen starken Zusammenhang zwischen der Qualität der Governance und der Wirkung der kohäsionspolitischen Investitionen aufgezeigt haben, und fordert daher einen Ausbau der Verwaltungskapazitäten der Bewerberländer, da eine bessere Governance auf nationaler, regionaler***

und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen;

und lokaler Ebene die Wirksamkeit nationaler und europäischer Maßnahmen und Investitionen steigern kann; betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung Einfluss auf die mit der Verwaltungsstruktur erzielten Ergebnisse haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung Einfluss auf die mit der Verwaltungsstruktur erzielten Ergebnisse haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen;	15. betont, dass die Qualität der Verwaltung, die Bereitschaft für den digitalen Wandel, das Humankapital, die Innovationskapazität und die wirtschaftliche Entwicklung Einfluss auf die mit der Verwaltungsstruktur erzielten Ergebnisse haben und dass kein Faktor isoliert wirkt; weist darauf hin, dass unzureichende Leistungen am häufigsten auftreten, wenn begrenzte administrative und personelle Kapazitäten mit strukturellen Unzulänglichkeiten wie etwa schwachen Prüf- und Kontrollstrukturen einhergehen; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in einen qualifizierten öffentlichen Sektor zu investieren, der in der Lage ist, die mit einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verbundenen Herausforderungen zu***

bewältigen;

Or. en

Änderungsantrag 81
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Durchführungsvorschriften für Begünstigte, insbesondere kleinere Begünstigte wie Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft zu vereinfachen, ohne dabei die hohen Standards in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Transparenz zu beschneiden;

Or. en

Änderungsantrag 82
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei Investitionen in die Modernisierung ihrer Governance-Struktur und die Digitalisierung der ***Mittelverwaltung und*** der internen IT-Instrumente zu unterstützen, um die Einführung interoperabler digitaler Instrumente sicherzustellen, die Projektauswahl zu beschleunigen, Verzögerungen zu verringern, die Überwachung zu verstärken, die Transparenz zu erhöhen, die	16. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei Investitionen in die Modernisierung ihrer Governance-Struktur und die Digitalisierung der ***Mittelverwaltungssysteme,*** der internen IT-Instrumente ***und der KI-gestützten Prüfsysteme*** zu unterstützen, um die Einführung interoperabler digitaler Instrumente sicherzustellen, die Projektauswahl zu beschleunigen, Verzögerungen zu verringern, die

Überprüfbarkeit und Echtzeitverfolgung der Mittelflüsse zu unterstützen und die Risikokontrolle und Betrugsprävention zu verbessern, und weist darauf hin, dass dies als Modell für neue Bewerberländer dienen sollte; betont, dass eine wirksame Personalpolitik von entscheidender Bedeutung ist und eine wirksame und effiziente Einstellungspolitik sowie Investitionen in die Schulung des Personals und in die Bindung von hochqualifizierten Mitarbeitern umfassen sollte;	Überwachung zu verstärken, die Transparenz zu erhöhen, die Überprüfbarkeit und Echtzeitverfolgung der Mittelflüsse zu unterstützen und die Risikokontrolle und Betrugsprävention zu verbessern, und weist darauf hin, dass dies als Modell für neue Bewerberländer dienen sollte; betont, dass eine wirksame Personalpolitik von entscheidender Bedeutung ist und eine wirksame und effiziente Einstellungspolitik sowie Investitionen in die Schulung des Personals und in die Bindung von hochqualifizierten Mitarbeitern umfassen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 83
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei Investitionen in die Modernisierung ihrer Governance-Struktur und die Digitalisierung der Mittelverwaltung und der internen IT-Instrumente zu unterstützen, um die Einführung interoperabler digitaler Instrumente sicherzustellen, die Projektauswahl zu beschleunigen, Verzögerungen zu verringern, die Überwachung zu verstärken, die Transparenz zu erhöhen, die Überprüfbarkeit und Echtzeitverfolgung der Mittelflüsse zu unterstützen und die Risikokontrolle und Betrugsprävention zu verbessern, und weist darauf hin, dass dies als Modell für neue Bewerberländer dienen sollte; betont, dass eine wirksame Personalpolitik von entscheidender Bedeutung ist und eine wirksame und effiziente Einstellungspolitik sowie Investitionen in die Schulung des Personals	16. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei Investitionen in die Modernisierung ihrer Governance-Struktur und die Digitalisierung der Mittelverwaltung und der internen IT-Instrumente zu unterstützen, um die Einführung interoperabler digitaler Instrumente sicherzustellen, die Projektauswahl zu beschleunigen, Verzögerungen zu verringern, die Überwachung zu verstärken, die Transparenz***, die Rechenschaftspflicht und die öffentliche Kontrolle*** zu erhöhen, die Überprüfbarkeit und Echtzeitverfolgung der Mittelflüsse zu unterstützen und die Risikokontrolle und Betrugsprävention zu verbessern, und weist darauf hin, dass dies als Modell für neue Bewerberländer dienen sollte; betont, dass eine wirksame Personalpolitik von entscheidender Bedeutung ist und eine wirksame und effiziente Einstellungspolitik

und in die Bindung von hochqualifizierten Mitarbeitern umfassen sollte;	sowie Investitionen in die Schulung des Personals und in die Bindung von hochqualifizierten Mitarbeitern umfassen sollte;
	Or. en

Änderungsantrag 84
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen ***können***, ohne das Fehlerrisiko zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;	17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen ***könnten***, ohne das Fehlerrisiko zu verringern***, und gleichzeitig sicherstellt, dass jede zusätzliche Schutzebene dazu beiträgt, die Transparenz und die ökologische Nachhaltigkeit zu stärken, Interessenkonflikte zu verhindern und Korruption zu bekämpfen***; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;
	Or. en

Änderungsantrag 85
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das Fehlerrisiko zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;	17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das Fehlerrisiko zu verringern; ***betont, dass jede Anforderung, die über die Unionsvorschriften hinausgeht, transparent, rechtlich gerechtfertigt, in einem angemessenen Verhältnis zu den festgestellten Risiken stehen und so konzipiert sein sollte, dass keine diskriminierenden, politisch diskretionären oder ungerechtfertigten administrativen Hindernisse für lokale und regionale Begünstigte geschaffen werden;*** betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;

Or. en

Änderungsantrag 86
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das Fehlerrisiko zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag“-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;	17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält, da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das Fehlerrisiko zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag“-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen; ***betont, dass transparente und wettbewerbsfähige Vergabeverfahren von wesentlicher Bedeutung sind, um ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 87
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält,	17. fordert die Kommission auf, die Bewerberländer bei der Durchführung von Reformen zu unterstützen, damit vor ihrem Beitritt professionelle Vergabebehörden aufgebaut und die Begünstigten entsprechend vorbereitet werden; besteht darauf, dass die Kommission während der Verhandlungen und der Umsetzung eine etwaige Überregulierung im Blick behält,

da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das ***Fehlerrisiko*** zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;	da zusätzliche nationale Anforderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen können, ohne das ***Risiko von Fehlern oder Rechtsunsicherheit*** zu verringern; betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Vergabekontrolle digitalisiert wird, und zwar durch elektronische Auftragsvergabe, Instrumente zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Kontrollen des wirtschaftlichen Eigentums, „Red-Flag"-Systeme und die Überwachung der Rechtsmittelfristen;
	Or. en

Änderungsantrag 88
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass künftige Erweiterungen von einer geopolitischen Perspektive geleitet sein müssen, wobei anzuerkennen ist, dass die Annäherung der Bewerberländer an die Union unmittelbar zur europäischen Sicherheit, zur demokratischen Resilienz und zur strategischen Autonomie beiträgt; weist darauf hin, dass Verzögerungen oder Unsicherheiten im Erweiterungsprozess Schwachstellen schaffen können, die von externen Akteuren mit dem Ziel, die Stabilität Europas zu untergraben, ausgenutzt werden können;
	Or. en

Änderungsantrag 89
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Erweiterungspolitik durch eine umfassende Investitionsstrategie gestützt wird, in deren Rahmen institutionelle Reformen mit Infrastrukturentwicklung, wirtschaftlicher Integration, Energieversorgungssicherheit, digitaler Konnektivität und Verkehrsverbindungen kombiniert werden, um sicherzustellen, dass die Bewerberländer zu vollwertigen Teilnehmern am europäischen Projekt werden;

Or. en

Änderungsantrag 90
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 17 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17c. betont die strategische Bedeutung der europäischen Verkehrskorridore, einschließlich des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), als Instrumente der wirtschaftlichen Integration, des territorialen Zusammenhalts und der geopolitischen Resilienz; betont, dass die Ausweitung und Fertigstellung dieser Korridore in Richtung der Bewerberländer die Handelsbeziehungen, die militärische Mobilität, die Energieversorgungssicherheit und die Krisenresilienz stärken wird; fordert die Kommission auf, Konnektivitätsprojekten Vorrang einzuräumen, die die Verkehrs-, Energie- und Datennetze der Bewerberländer mit jenen der Union verbinden;

Or. en

Änderungsantrag 91
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei der Umsetzung von Reformplänen zu unterstützen, mit denen ihre Verwaltungskapazitäten gestärkt und sie auf ihre Verwaltungsaufgaben vorbereitet werden sollen – was Personalpläne und Pläne zur Mitarbeiterbindung, funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, operative digitale Überwachungsplattformen, eine solide Stichprobenmethodik, eine Betrugsbekämpfungsstrategie, Prüfungen von Interessenkonflikten sowie eine Pilotumsetzung im Rahmen des Heranführungsprozesses und der Heranführungsmittel umfasst –, und sie dabei zu unterstützen, höhere Ausschöpfungsquoten, niedrigere Fehlerquoten und größere Fortschritte bei den Ergebnissen zu erzielen;	18. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei der Umsetzung von Reformplänen zu unterstützen, mit denen ihre Verwaltungskapazitäten gestärkt und sie auf ihre Verwaltungsaufgaben vorbereitet werden sollen – was Personalpläne und Pläne zur Mitarbeiterbindung, funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, operative digitale Überwachungsplattformen, eine solide Stichprobenmethodik, eine Betrugsbekämpfungsstrategie, Prüfungen von Interessenkonflikten sowie eine Pilotumsetzung im Rahmen des Heranführungsprozesses und der Heranführungsmittel umfasst –, und sie dabei zu unterstützen, höhere Ausschöpfungsquoten, niedrigere Fehlerquoten und größere Fortschritte bei den Ergebnissen zu erzielen;

Or. en

Änderungsantrag 92
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei der Umsetzung von Reformplänen zu unterstützen, mit denen ihre Verwaltungskapazitäten gestärkt und sie	18. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Bewerberländer bei der Umsetzung von Reformplänen zu unterstützen, mit denen ihre Verwaltungskapazitäten gestärkt und sie

auf ihre Verwaltungsaufgaben vorbereitet werden sollen – was Personalpläne und Pläne zur Mitarbeiterbindung, funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, operative digitale Überwachungsplattformen, eine solide Stichprobenmethodik, eine Betrugsbekämpfungsstrategie, Prüfungen von Interessenkonflikten sowie eine Pilotumsetzung im Rahmen des Heranführungsprozesses und der Heranführungsmittel umfasst –, und sie dabei zu unterstützen, höhere Ausschöpfungsquoten, niedrigere Fehlerquoten und größere Fortschritte bei den Ergebnissen zu erzielen;	auf ihre Verwaltungsaufgaben vorbereitet werden sollen – was Personalpläne und Pläne zur Mitarbeiterbindung, funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, operative digitale Überwachungsplattformen, eine solide Stichprobenmethodik, eine Betrugsbekämpfungsstrategie, Prüfungen von Interessenkonflikten sowie eine Pilotumsetzung im Rahmen des Heranführungsprozesses und der Heranführungsmittel umfasst –, und sie dabei zu unterstützen, höhere Ausschöpfungsquoten, niedrigere Fehlerquoten und größere Fortschritte bei den Ergebnissen zu erzielen; ***betont, dass die Heranführungshilfe die Stärkung der öffentlichen Verwaltung fördern und die Abhängigkeit von externen privaten Beratern vermieden werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 93
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission auf, den Austausch von technischem Fachwissen zwischen den Bewerberländern und den Mitgliedstaaten, die bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik nachweislich positive Ergebnisse erzielt haben, zu erleichtern, unter anderem durch Mechanismen wie Peer-Reviews, das Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) und Partnerschaftsprogramme; betont, dass solche Instrumente dazu beitragen können, den Austausch bewährter Verfahren zu beschleunigen, die Verwaltungskapazitäten zu stärken und die Lernkurve für die Bewerberländer vor

dem Beitritt zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 94
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der strategischen Bedeutung der Erweiterung Rechnung getragen wird, indem ausreichende Mittel für Heranführungshilfe, Infrastrukturanbindung, institutionellen Kapazitätsaufbau und wirtschaftliche Konvergenz bereitgestellt werden; betont, dass Investitionen vor dem Beitritt die künftigen Anpassungskosten senken und die Wirksamkeit künftiger EU-Ausgaben stärken;

Or. en

Änderungsantrag 95
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. empfiehlt den Bewerberländern, sich sowohl mit Instrumenten der geteilten Mittelverwaltung als auch mit leistungsbasierten Instrumenten vertraut zu machen und gleichzeitig die Einrichtung von Verwaltungsstrukturen für verschiedene Finanzierungsmodelle der Union zu erwägen;

Or. en

Änderungsantrag 96
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. betont, dass die EU-Programme zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Forschung und strategischen Technologien dazu beitragen sollten, die allgemeine wirtschaftliche Resilienz und das langfristige Wachstum der Union zu stärken und gleichzeitig eine gerechte geografische Verteilung der Chancen auf alle Mitgliedstaaten sicherzustellen; stellt fest, dass ein erheblicher Teil der Mittel zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor in eine begrenzte Anzahl von Regionen fließt, die bereits über gut entwickelte Innovationsökosysteme verfügen; fordert die Kommission auf, bei der Gestaltung und Durchführung solcher Programme das geografische Gleichgewicht und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau weiter zu fördern, um Exzellenz und Innovation in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen, Innovationslücken zu verringern, die Aufwärtskonvergenz zu begünstigen und die volle Ausschöpfung des Potenzials des EU-Binnenmarkts zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 97
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, über technische Hilfe hinauszugehen und innerhalb der Verwaltungsbehörden sowie der Prüfbehörden in Humankapital zu investieren, um dem Verlust von institutionellem Gedächtnis entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, starke Prüfsysteme zu entwickeln, um die finanziellen Interessen der EU vor systemischer Korruption ***und*** Interessenkonflikten zu schützen, und digitale Instrumente und präventive Leitlinien zu nutzen, um strategische Risiken zu verringern, unter anderem durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Annahme nationaler Betrugsbekämpfungsstrategien;	19. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, über technische Hilfe hinauszugehen und innerhalb der Verwaltungsbehörden sowie der Prüfbehörden in Humankapital zu investieren, um dem Verlust von institutionellem Gedächtnis entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, starke Prüfsysteme zu entwickeln, um die finanziellen Interessen der EU vor systemischer Korruption***,*** Interessenkonflikten***, Steuervermeidung und jeglichem Missbrauch von Unionsmitteln*** zu schützen, und digitale Instrumente und präventive Leitlinien zu nutzen, um strategische Risiken zu verringern, unter anderem durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Annahme nationaler Betrugsbekämpfungsstrategien; ***fordert die Kommission ferner auf, die wirksame Umsetzung strenger Betrugsbekämpfungsmaßnahmen zu überwachen, für Transparenz bei den Endbegünstigten und den Schutz von Hinweisgebern zu sorgen und dabei die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt zu achten;***

Or. en

Änderungsantrag 98
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, über technische Hilfe hinauszugehen und innerhalb der Verwaltungsbehörden sowie der Prüfbehörden in Humankapital zu	19. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, über technische Hilfe hinauszugehen und innerhalb der Verwaltungsbehörden sowie der Prüfbehörden in Humankapital zu

investieren, um dem Verlust von institutionellem Gedächtnis entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, starke Prüfsysteme zu entwickeln, um die finanziellen Interessen der EU vor systemischer Korruption und Interessenkonflikten zu schützen, und digitale Instrumente und präventive Leitlinien zu nutzen, um strategische Risiken zu verringern, unter anderem durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Annahme nationaler Betrugsbekämpfungsstrategien;	investieren, um dem Verlust von institutionellem Gedächtnis entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, starke Prüfsysteme zu entwickeln, um die finanziellen Interessen der EU vor systemischer Korruption und Interessenkonflikten zu schützen, und digitale Instrumente und präventive Leitlinien zu nutzen, um strategische Risiken zu verringern, unter anderem durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Annahme nationaler Betrugsbekämpfungsstrategien; ***unterstreicht, dass sich der Schutz des Unionshaushalts und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit gegenseitig verstärken und nicht verhandelbar sind;***
	Or. en

Änderungsantrag 99
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. ruft in Erinnerung, dass die Achtung der kulturellen, historischen und religiösen Vielfalt zu den Grundwerten der Union gehört; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, darauf zu achten, dass bei der Erweiterung die spezifischen historischen Erfahrungen, kulturellen Traditionen und religiösen Identitäten der Bewerberländer weiterhin berücksichtigt werden; betont, dass eine erfolgreiche Integration Dialog, gegenseitiges Verständnis und Respekt zwischen den derzeitigen und den künftigen Mitgliedstaaten erfordert;
	Or. en

Änderungsantrag 100
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. betont, dass künftige Erweiterungen die Wettbewerbsfähigkeit der Union stärken sollten, indem die Bewerberländer nicht nur auf eine wirtschaftliche Haushaltsführung, sondern auch auf eine wirksame Teilnahme am Binnenmarkt vorbereitet werden – durch regulatorische Angleichung, administrative Exzellenz und ein berechenbares Investitionsumfeld;

Or. en

Änderungsantrag 101
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass EU-Mittel nicht an Oligarchen oder an Unternehmen fließen, die Verbindungen zu politisch exponierten Personen in Entscheidungspositionen haben, um die institutionelle Integrität zu wahren, eine unparteiische und transparente Entscheidungsfindung zu gewährleisten und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 102
Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Verwaltungs-, Prüf- und Kontrollbehörden der derzeitigen und künftigen Mitgliedstaaten zu erleichtern, um die Verwaltungskapazitäten zu stärken, die digitale Governance zu verbessern und den Schutz des Unionshaushalts zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. betont, dass die Überwachung der Reformagenda im Rahmen der leistungsbasierten Heranführungsinstrumente ausreichend transparent sein sollte, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, auch durch die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft in den begünstigten Ländern; stellt fest, dass Organisationen der Zivilgesellschaft zur Kontrolle und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit Unionsmitteln beitragen, unter anderem durch die Überwachung der Umsetzung von Reformmaßnahmen und der Verwendung der Mittel durch die Endbegünstigten, und betont, dass die Anwendung von Konditionalitätsmechanismen gegenüber Zentralregierungen nicht zur

unbeabsichtigten Schwächung dieser unabhängigen Kontrollkapazitäten führen darf;

Or. en

Änderungsantrag 104
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass ***Verwaltungskapazitäten***, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme ***für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln maßgeblicher sind als das gewählte formale Governance-Modell***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;	20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass ***die Erweiterung zu den erfolgreichsten strategischen Investitionen der EU gehört, die Frieden, Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und eine stärkere europäische Souveränität gebracht hat***; ***unterstreicht, dass eine leistungsfähige Verwaltung***, institutionelle Stabilität sowie ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme ***nach wie vor unerlässlich für eine erfolgreiche Integration sind, dass die Erweiterung jedoch auch als geopolitisches Instrument betrachtet werden muss, das die Sicherheit, die Resilienz und den Einfluss der Union stärkt***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden***, unter anderem durch angemessene finanzielle Mittel, strategische Investitionsprioritäten und gezielte Unterstützung für die Bewerberländer***;

Or. en

Änderungsantrag 105
Csaba Molnár, Carla Tavares

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln ***maßgeblicher*** sind ***als das gewählte formale Governance-Modell***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;	20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln ***zwar entscheidend*** sind, ***die demokratische Beteiligung aller relevanten Akteure – auf der Grundlage des Partnerschaftsprinzips und der Mehrebenen-Governance – jedoch ebenfalls unverzichtbar ist für eine hochwertige Programmplanung, Durchführung und letztlich für die wirksame und effiziente Verwendung des Geldes der EU-Steuerzahler***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 106
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen	20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen

Einsatz von EU-Mitteln maßgeblicher sind als das gewählte formale Governance-Modell; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;	Einsatz von EU-Mitteln maßgeblicher sind als das gewählte formale Governance-Modell; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten ferner auf, die Transparenz und den öffentlichen Zugang zu Daten über die Ergebnisse und die Wirkung der Unionsmittel in den Mitgliedstaaten, die seit 2004 beigetreten sind, zu verbessern, damit die Bürgerinnen und Bürger sowie die Steuerpflichtigen die dokumentierten Vorteile gut verwalteter Unionsausgaben erkennen können, wodurch die Rechenschaftspflicht und die öffentliche Eigenverantwortung gestärkt werden;***
	Or. en

Änderungsantrag 107
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln maßgeblicher sind als das gewählte formale Governance-Modell; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;	20. betont, dass die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, zeigen, dass Verwaltungskapazitäten, institutionelle Stabilität ***und Transparenz*** und ausgereifte Verwaltungs- und Kontrollsysteme für den erfolgreichen Einsatz von EU-Mitteln maßgeblicher sind als das gewählte formale Governance-Modell; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Erkenntnisse bei der Vorbereitung künftiger Erweiterungen und der Ausarbeitung des EU-Haushaltsrahmens für die Zeit nach 2027 berücksichtigt werden;

Änderungsantrag 108
Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. hebt hervor, dass jede künftige Durchführungsarchitektur für den Unionshaushalt nach 2027, einschließlich der vorgeschlagenen Pläne für national-regionale Partnerschaften, mit einem starken Fokus auf Rechenschaftspflicht, Prüffähigkeit und einer klaren Zuweisung von Zuständigkeiten gestaltet werden sollte, wobei zusätzliche Verwaltungskomplexität vermieden werden sollte, da sie den wirksamen Einsatz und die wirtschaftliche Haushaltsführung der Unionsmittel sowie die Rechtssicherheit für Behörden, Begünstigte und private Investoren untergraben könnte; betont, dass es angesichts der Beschleunigung des Erweiterungsprozesses unerlässlich ist, dass die Haushaltkontrollarchitektur nach 2027 – einschließlich der Kontrollsysteme der Kommission, des OLAF, der EUStA und des Rechnungshofs – den Anforderungen einer größeren Union mit komplexeren Rahmenbedingungen für die Mittelverwaltung angemessen gerecht wird;

Or. en